



Hauptstadt-Bulletin

Bund darf Ländern zukünftig Finanzhilfen gewähren

Durch eine Änderung des Grundgesetzes, die am Donnerstag mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit von CDU/CSU, SPD und Grünen beschlossen wurde, will der Bund die Länder und Kommunen in den Bereichen Bildung, sozialer Wohnungsbau und Verkehr stärker unterstützen. Die Beschränkung, dass der Bund nur „finanzschwache“ Kommunen bei Investitionen in die Bildungsinfrastruktur unterstützen darf, soll aufgehoben werden. Dies ist Grundlage für den „DigitalPakt Schule“, mit dem der Bund die Länder mit insgesamt 5 Milliarden Euro dabei unterstützen möchte, die Schulen mit schnellem WLAN und digitaler Infrastruktur auszustatten. Nichts desto trotz bleibt Bildung weiterhin Ländersache. Zusätzlich wurde beschlossen, die Investitionen in kommunalen Straßenbau und den öffentlichen Nahverkehr ab 2020 auf jährlich eine Milliarde Euro zu erhöhen. Bevor die Gesetzesänderung in Kraft treten kann, muss der Bundesrat noch zustimmen.



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Versorgung ganz Deutschlands mit der modernsten Mobilfunktechnologie, der sogenannten 5. Generation, ist die Voraussetzung dafür, dass wir endlich in der Zukunft ankommen. Deshalb erstaunt mich die Aussage unserer Bundesministerin für Bildung und Forschung; frei heraus zu behaupten, die moderne 5G-Technologie brauche man in Deutschland "nicht an jeder Milchkanne" zeigt, vorsichtig formuliert, dass sie in ihrem neuen Amt noch nicht angekommen zu sein scheint. Ähnlich geringes politisches Gespür bewies schon der damalige baden-württembergische SPD-Finanzminister Nils Schmid, der mit seinem nonchalanten Satz "Dann wächst im Schwarzwald halt mal ein Tal zu" unseren Landwirten eiskalt vor den Kopf stieß.

Eines der wichtigsten Ziele aus dem Koalitionsvertrag "An die Weltspitze im Bereich der digitalen Infrastruktur" gilt natürlich und selbstverständlich auch an jeder Milchkanne. Wir tun uns als CDU keinen Gefallen damit, wenn wir in der Umsetzung unserer Ziele inkonsequent wirken. Nicht nur unsere Landwirte wollen im Bereich "Smart Farming" vorne mitspielen, moderne Technologien im ländlichen Raum sind auch ein Kernstück guter Heimatpolitik.

Ihr

Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Debatte zur Organspende

In einer ergebnisoffenen Orientierungsdebatte diskutierten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages am Mittwoch die Problematik der seit Jahren viel zu niedrigen Organspenderzahlen in Deutschland. Neben Maßnahmen, die Abläufe und Ausstattung in den Kliniken verbessern sollen – ein entsprechender Gesetzentwurf wurde erst Ende Oktober im Kabinett beschlossen – ging es dabei vor allem um die Frage, auf welche Weise die Menschen ihre Zustimmung oder Ablehnung der eigenen Spendebereitschaft ausdrücken sollen.

Derzeit muss ein Organspender – oder seine Angehörigen – einer Spende aktiv zustimmen. Kürzlich hatte der Bundesgesundheitsminister vorgeschlagen, eine sogenannte „doppelte Widerspruchslösung“ einzuführen, bei der jeder Mensch potenzieller Organspender sein solle, wenn er zu Lebzeiten nicht widerspreche oder die Angehörigen dies nach dem Tod ablehnten. Im Deutschen Bundestag entwickelte sich über knapp drei Stunden eine intensive Debatte jenseits der starren Grenzen zwischen Koalitions- und Oppositionsfraktionen.



THW Schopfheim überreicht Dank an Armin Schuster

Der alljährliche Besuch des Technischen Hilfswerks Ortsverband Schopfheim stand wieder an. Jedes Jahr versorgen mehrere Ortsverbände aus Baden gemeinsam die Landesvertretung Baden-Württemberg und das Berliner Polizeipräsidium mit gigantischen Tannenbäumen. Landeshelfersprecher Walter Nock (li.) und Zugführer Markus Stibi (re.) aus Schopfheim nutzten die Gelegenheit, um Armin Schuster im Bundestag einen kurzen Besuch abzustatten. Sie hatten auch eine Aufmerksamkeit mitgebracht: eine gerahmte „Danke“-Collage mit Impressionen der neuen Liegenschaft des THW in der Grienmatt, für die sich der Innenpolitiker im Bundestag eingesetzt hatte.

KURZ BERICHTET

Erstmals über 45 Mio Erwerbstätige in Deutschland

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat sich der Anstieg der Erwerbstätigkeit im dritten Quartal 2018 fortgesetzt. Mit 45,04 Millionen Beschäftigten in Deutschland wurde erstmals seit der Wiedervereinigung die Schwelle von 45 Millionen Erwerbstätigen überschritten. Grund für den im Vergleich zum dritten Quartal 2017 mit 556.000 Personen (+1,3 Prozent) kräftigen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen ist die allgemein gute Arbeitsmarktlage ebenso wie eine stabil günstige Wetterlage. Gegenüber dem zweiten Quartal 2018 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 259 000 Personen (+0,6 Prozent). Eine Zunahme der Erwerbstätigkeit ist im dritten Quartal eines Jahres infolge der Herbstbelebung saisonal üblich.

Atomkraftwerk Fessenheim geht vom Netz

Zu Beginn der Woche hat der französische Präsident Emanuel Macron angekündigt, im Zuge seiner Energiewendepolitik das älteste französische Atomkraftwerk (AKW) in Fessenheim, unmittelbar an der Grenze zu Deutschland gelegen, im Jahr 2020 abzuschalten. Die konkrete Benennung eines Termins war seit dem Beschluss vor einigen Jahren, das AKW abzuschalten, bislang stets ausgeblieben. „Wichtig ist jetzt, dass den Worten auch Taten folgen“, konstatierte Armin Schuster vorsichtig optimistisch.

TERMINHINWEISE

30. November 2018

Eröffnung Weihnachtsmarkt in Weil am Rhein
18:00 Uhr | Altweiler Lindenplatz

5. Dezember 2018

Mandats- und Funktionsträgerkonferenz
19:00 Uhr | Steinen

6. - 8. Dezember 2018

31. Parteitag der CDU Deutschlands
Hamburg Messe | Hamburg